

201-5 [REDACTED]

Von: 500-0 [REDACTED] ank
 Gesendet: Mittwoch, 30. Oktober 2013 10:33
 An: 506-RL [REDACTED]
 Cc: 201-5 [REDACTED]
 Betreff: Unsere Sprache für GBA-Vorlage

Kategorien: Grüne Kategorie

Rechtliche Bewertung (wir können auch noch kürzen):

Eigene gesicherte Erkenntnisse zu von den US-Militärbasen in Ramstein bzw. Stuttgart angeblich geplanten oder geführten Einsätzen von Drohnen in Somalia bzw. Jemen liegen der Bundesregierung nicht vor. Ob eine sog. „gezielte Tötung“ z.B. durch den Einsatz von Drohnen dem Völkerrecht entspricht, lässt sich jedoch nicht allgemein beantworten, sondern kann nur im Einzelfall bei Kenntnis aller relevanten Tatsachen beurteilt werden.

Die Beantwortung hängt von dem Zusammenhang ab, in dem eine sog. „gezielte Tötung“ durchgeführt wird, insbes. davon, ob sie in einem bewaffneten Konflikt oder aber außerhalb eines bewaffneten Konfliktes durchgeführt wird.

Die grundsätzliche Unterscheidung ist die folgende:

- Das Friedensvölkerrecht verbietet grundsätzlich die Tötung von Menschen und erlaubt eine Tötung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen.
- Das Recht im bewaffneten Konflikt erlaubt hingegen grundsätzlich die Tötung des militärischen Gegners. Beurteilungsmaßstab ist das humanitäre Völkerrecht.

In einem bewaffneten Konflikt dürfen militärische Gegner auch außerhalb der Teilnahme an konkreten Feindseligkeiten auf der Grundlage und nach Maßgabe des Humanitären Völkerrechts gezielt bekämpft werden, was auch den Einsatz tödlich wirkender Gewalt einschließen kann. Die Wertungen des humanitären Völkerrechts basieren auf der Abwägung von militärischer Notwendigkeit und dem Schutz von Zivilisten.

Den Kriterien des humanitären Völkerrechts entsprechend kommt es für das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts in erster Linie auf die Dauer und Intensität der bewaffneten Auseinandersetzung sowie auf die Anzahl und Struktur feindlicher Kämpfer an.

Für die Beantwortung der Frage, wann eine Situation die Schwelle zum bewaffneten Konflikt überschreitet, wird auf die Kriterien und Indizien abgestellt, die der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in seiner Rechtsprechung entwickelt hat.

Diese Kriterien sind erstens die Intensität des Konfliktes – wie Dauer und Intensität der Gefechte, verwendete Waffen und Ausrüstung, Anzahl der beteiligten Kämpfer, Anzahl der Opfer, Ausmaß der Zerstörung und Auswirkung auf die Zivilbevölkerung – und zweitens die Organisation der nicht-staatlichen Konfliktpartei – wie das Vorliegen einer Kommandostruktur, Disziplinargewalt, Existenz von Hauptquartieren, territoriale Kontrolle über ein Gebiet und die Fähigkeit, militärische Operationen zu planen, zu koordinieren und durchzuführen und militärische Taktiken anzuwenden.

So hat die Generalbundesanwaltschaft im Fall der Untersuchung strafrechtlicher Vorwürfe bezüglich des Luftangriffs von Kundus/Afghanistan vom 04.09.2009 die Rechtsauffassung der Bundesregierung bestätigt, dass es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen den aufständischen Taliban auf der einen und der afghanischen Regierung sowie ISAF auf der anderen Seite um einen nicht-internationalen bewaffneten Konflikt handelt, so dass die Regeln des humanitären Völkerrechts Anwendung finden. Ebenso hat die GBA das sog. „Verfahren Bünjamin E.“ im Juli 2013 eingestellt, da es sich bei der sog. „gezielten Tötung“ durch einen Drohnenangriff am 4. Oktober 2010 in Mir Ali/Pakistan um eine Tötung innerhalb eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts in dieser Region in Pakistan als

grenzüberschreitenden nicht-Internationalen Konflikt von Afghanistan aus bzw. einen nicht-Internationalen bewaffneten Konflikt innerhalb Pakistans zwischen pakistanischen Taliban und alliierten afghanischen Gruppen auf der einen und der pakistanischen Regierung auf der anderen Seite, unterstützt durch die USA, gehandelt habe.

Außerhalb eines bewaffneten Konflikts richtet sich die Rechtmäßigkeit der Anwendung staatlicher Gewalt nach den allgemeinen Menschenrechtsstandards. Hier handelt es sich um staatliches Tätigwerden zum Zwecke der (polizeilichen) Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung. Die Tötung eines Menschen ist dabei rechtlich grundsätzlich verboten. Sie kann nur im Ausnahmefall als letztes Mittel gerechtfertigt sein (etwa zur Rettung anderer Menschenleben), wenn der Einsatz anderer weniger schwerwiegender Mittel ausgeschlossen ist. Die obengenannten Prinzipien des humanitären Völkerrechts passen hier also nicht: Im Bereich des law enforcement bzw. des Polizeirechts müssen andere Regeln zur Anwendung kommen.